

**Dies ist eine
unverbindliche
Darstellung der
eForms-
formatierten
Bekanntmachung.**

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Haus der Bayerischen Geschichte

Art des öffentlichen Auftraggebers: Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Kommunalebene

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers:
Allgemeine öffentliche Verwaltung

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Vergabe von Sicherungsdienstleistungen

Beschreibung: Es ist beabsichtigt die nachfolgend benannte Leistung für das Haus der Bayerischen Geschichte zu vergeben. Leistungsort ist Haus der Bayerischen Geschichte – Museum und Bavariathek, Donaumarkt 1, 93407 Regensburg. Der Leistungszeitraum ist vom 01.12.2025 (0:00 Uhr) bis einschließlich zum 01.12.2031 (24:00 Uhr). Es handelt sich um die Sicherungsdienstleistung Überwachung Museum und Pforte Bavariathek. Die Sicherungsdienstleistungen beinhalten Separatdienste im Museum für die Dauerausstellung sowie Sonderausstellungen und Pfortendienste in der Bavariathek. Nähere Informationen sind in der Anlage 14-VgV-ANG Leistungsbeschreibung enthalten

Kennung des Verfahrens:
c99d8eb6-0928-4afc-9784-69c5f66a6490

Interne Kennung: M9841.2/16

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 79710000
Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 79713000
Bewachungsdienste

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 79714000
Überwachungsdienste

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 79715000
Streifendienste

2.1.2 Erfüllungsort

NUTS-3-Code: Regensburg, Kreisfreie Stadt (DE232)

Land: Deutschland

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 6,480,000 Euro

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 9,570,000 Euro

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die Auswahl derjenigen Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen, erfolgt anhand der in der Unterlage 3-VgV-TNW Bewertungsmatrix Eignung sowie anhand der im Folgenden dargestellten Auswahlkriterien und Gewichtungsfaktoren. > Umsatz (Gewichtungsfaktor 33) > vergleichbarer Umsatz je Geschäftsjahr in den letzten drei Jahren 8 - 13 Mio. EUR brutto; vergleichbare Umsätze sind, Umsätze aus dem Bereich personelle Sicherheitsdienstleistungen: Mindestens 8 Mio. € netto pro Geschäftsjahr jeweils in den letzten drei Geschäftsjahre. Dieses Kriterium ist ein Auswahlkriterium (Gewichtung 33). Ein vgl. Umsatz unter 8 Mio. Euro wird nicht bewertet, es erfolgt ein Ausschluss des Teilnahmeantrages. Ein vgl. Umsatz von 8 Mio. Euro erreicht den Erfüllungsgrad 1. Bei einem vgl. Umsatz über 8 Mio. Euro und unter 13 Mio. Euro wird linear interpoliert (vgl. zuvor). Ab und über einem vgl. Umsatz von 13 Mio. Euro wird der Erfüllungsgrad 3 erreicht. >Referenzen (Gewichtungsfaktor 67) > Referenzen: Mindestens 4 Referenzleistungen aus dem Bereich Sicherheitsdienstleistungen mit jeweils einem jährlichen Stundenvolumen von mindestens 30.000 Stunden pro Referenz für ein Museum bzw. eine Kunst- oder Kultureinrichtung. Werden 4 geeignete und vergleichbare Referenz aus dem Bereich Sicherheitsdienstleistungen mit jeweils einem jährlichen Stundenvolumen von mindestens 30.000 Stunden pro Referenz für ein Museum bzw. eine Kunst- oder Kultureinrichtung vorgelegt, erfolgt eine Einordnung in den Erfüllungsgrad 1. Werden mehr als 4, aber weniger als 8 geeignete und vergleichbare Referenzen vorgelegt erfolgt die Bestimmung des

Erfüllungsgrades anhand der oben geschilderten linearen Interpolation. Werden 8 oder mehr als 8 geeignete und vergleichbare Referenzen vorgelegt, erfolgt die Einordnung in den Erfüllungsgrad 3.

Hinweis zu den weiteren Anforderungen an Bewerbergemeinschaften: Mehrere Bewerber können sich grundsätzlich zu einer Bewerbergemeinschaft zusammenschließen. In diesem Fall muss die Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag eine Bewerbergemeinschaftserklärung einreichen. Diese Erklärung beinhaltet die Bildung einer Bewerbergemeinschaft im Falle der Teilnahmeantragserstellung und einer Arbeitsgemeinschaft im Falle der Auftragserteilung sowie die Übernahme einer gesamtschuldnerischen Haftung durch die Bewerbergemeinschaft und eine Auflistung ihrer Mitglieder. Schließlich soll die Erklärung die Bezeichnung des bevollmächtigten Vertreters sowie, dass dieser die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, beinhalten. Bei Bewerbergemeinschaften sind geforderte Erklärungen bzw. Nachweise für jedes Bewerbergemeinschaftsmitglied mit dem Teilnahmeantrag einzureichen, sofern dies nicht anders ausgewiesen ist. Ein Wechsel der Identität des Bewerbers oder der Bewerbergemeinschaft ist nicht zugelassen.

Ergänzung zur Wertungsmethode: Für die Bewertung der Angebote greift der AG auf die erweiterte Richtwertmethode (Anlehnung) zurück. Eine detaillierte Erläuterung ist in der Anlage 11-VgV-ANG - Erläuterung zur Angebotsmatrix unter der Ziff. 2 enthalten.

Rechtsgrundlage: Richtlinie 2014/24/EU VgV

Hinweis zur Präqualifizierung: Mit der Abgabe des Teilnahmeantrages ist die PQ-Nummer anzugeben, sofern vorhanden. Die ausweislich der Bekanntmachung geforderten Eignungsnachweise (es gelten für alle Bewerber dieselben Eignungskriterien und Mindestanforderungen) müssen im PQ-Register enthalten sein. Wenn diese dort nicht oder nicht wie gefordert enthalten sind, sind sie separat mit Abgabe des Teilnahmeantrages einzureichen. Sollte der Teilnahmeantrag in die engere Auswahl gelangen, behält sich der AG vor im Rahmen seines Ermessens fehlende Eignungsnachweise, die sich also weder aus dem PQ-Register ergeben noch mit dem Teilnahmeantrag separat eingereicht wurden, auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers innerhalb einer angemessenen Frist nachzureichen (sofern eine Nachforderung zulässig ist). Demgegenüber werden Nachweise, die in dem PQ-Register enthalten sind, aber nicht den Vorgaben entsprechen, nicht nachgefordert. Es erfolgt vielmehr ein Ausschluss des

Teilnahmeantrages. Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Teilnahmeantrag- entweder die ausgefüllte Anlage 6 oder - oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen. Sollte der Teilnahmeantrag in die engere Auswahl gelangen, behält sich der AG vor im Rahmen seines Ermessens fehlende Eignungsnachweise, die sich also weder aus EEE ergeben noch mit dem Teilnahmeantrag separat eingereicht wurden, auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers innerhalb einer angemessenen Frist nachzureichen (sofern eine Nachforderung zulässig ist). Bei Einsatz von anderen Unternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Unterlagen / die Eigenerklärung bzw. die EEE auch für diese abzugeben, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Hinweis auf § 47 VgV - Eignungsleihe: Beabsichtigt der Bewerber, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/ Kapazitäten in seinem Teilnahmeantrag benennen. Der Bewerber hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihm bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat auf gesonderte Anforderung den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen nebst Erklärungen über Eignungskriterien und Nichtvorliegen von Ausschlussgründen. Nimmt der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe haften. Der Bewerber hat ggf. nach

Prüfung ein anderes Unternehmen, bei dem zwingende Ausschlussgründe nach § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen. Sollten fakultative Ausschlussgründe nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, behält sich der Auftraggeber vor, dass das andere Unternehmen durch den Bewerber oder Bewerber innerhalb einer zu setzenden Frist ausgewechselt wird; im Übrigen siehe § 36 Abs. 5 und § 47 VgV. Hinweis zur Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE): Als vorläufiger Nachweis der Eignung für die zu vergebene Leistung kann mit dem Teilnahmeantrag eine Einheitlich Europäische Eigenerklärung (EEE) abgegeben werden; dann gilt § 50 VgV.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung:

Betrug oder Subventionsbetrug:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung:

Bildung krimineller Vereinigungen:

Bildung terroristischer Vereinigungen:

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen:

Schwere Verfehlung:

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens:

Interessenkonflikt:

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung:

Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags:

Rein nationale Ausschlussgründe:

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben:

Einstellung der beruflichen Tätigkeit:

Zahlungsunfähigkeit:

Insolvenz:

Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren:

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Vergabe von Sicherungsdienstleistungen

Beschreibung: Beschreibung: Personelle Sicherungsdienstleistungen für das Haus der Bayerischen Geschichte. Leistungsort ist Haus der Bayerischen Geschichte – Museum und Bavariathek, Donaumarkt 1, 93407 Regensburg. Der Leistungszeitraum ist vom 01.12.2025 (0:00 Uhr) bis einschließlich zum 01.12.2031 (24:00 Uhr). Es handelt sich um die Sicherungsdienstleistung Überwachung Museum und Pforte Bavariathek. Die Sicherungsdienstleistungen beinhalten Separatdienste im Museum für die Dauerausstellung sowie Sonderausstellungen und Pfortendienste in der Bavariathek. Nähere Informationen sind in der Anlage 14-VgV-ANG Leistungsbeschreibung enthalten. Zur Objektbesichtigung: Eine Objektbesichtigung ist für die Angebotsphase vorgesehen. Die Termine werden mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes mitgeteilt. Maximalabruf: Es handelt sich um eine Rahmenvereinbarung. Der AN hat mindestens das vorgesehene Personal gem. der Leistungsbeschreibung zu stellen, wenn der AG dies abrufen. Mit Zuschlag gilt das Personal als abgerufen, welches sich zum Stand des Leistungsbeginns ergibt. Der AN hat jedoch keinen Anspruch auf einen bestimmten Abruf. Die Kostenschätzung beruht aufgrund der aktuellen Bespielung der Ausstellungsräume und beträgt 6,48 Mio. € netto zzgl. USt. für die gesamte Laufzeit des Auftrages (inkl. Verlängerung). Dabei wurde von einem Aufschlag auf den Tariflohn i.H.v. 70% ausgegangen. Für den Maximalabruf i.H.v. 9,57 Mio.€ netto wurde von einer kontinuierlichen Auslastung der Ausstellungen ausgegangen. Dabei enthält dieser Maximalbetrag zum einen prognostizierte

Tariflohnerhöhungen über die gesamte Laufzeit sowie einen prozentualen Aufschlag i.H.v. 20% für weitere Sonderausstellungen sowie die Annahme eines höheren Lohns in Bezug auf Tariflohn durch den Sicherheitsdienstleiter (90%).

Interne Kennung: 0001

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 79710000
Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten

5.1.2 Erfüllungsort

NUTS-3-Code: Regensburg, Kreisfreie Stadt (DE232)

Land: Deutschland

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/12/2025

Enddatum der Laufzeit: 01/12/2031

5.1.5 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 6,480,000 Euro

5.1.6 Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Sonstiges

Art der strategischen Beschaffung: Innovative Beschaffung

Beschreibung: siehe Leistungsbeschreibung, Ideenskizzen

Art der strategischen Beschaffung: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Mindestlöhne, Tarifvorgaben

Ziel zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Sonstiges

Gefördertes soziales Ziel: Sonstiges, bspw. Bindung/ Einhaltung von Tarifverträgen Berücksichtigung von Werkstätten aus dem Justizvollzug (sog. Knastläden), Faire Arbeitsbedingungen

Innovatives Ziel: Die erbrachten Bauleistungen, Dienstleistungen oder gelieferten Güter beinhalten Prozessinnovationen.

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung: Der Bewerber hat mit der Einreichung des Teilnahmeantrages einzureichen:

- Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen Dienstleistungen: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen §§ 123 ff. GWB mittels Anlage 6.1-VgV-TNW - Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen i.S.d. § 125 GWB (sofern einschlägig) mittels Anlage 6.2-VgV-TNW - Eigenerklärung zum Vorliegen einer Gewerbeerlaubnis gem. § 34a GewO mittels Anlage 6.11-VgV-TNW Eigenerklärung, dass eine Gewerbeerlaubnis gem. § 34a der Gewerbeordnung (GewO) oder eine gleichwertige Erlaubnis eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder aber eine sonstige Bescheinigung / einen sonstigen Nachweis der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum über die Befähigung zur Ausübung des Bewachungsgewerbes (vgl. § 13 Bewachungsverordnung) vorliegt. Für ausländische Bewerber: Erklärung dazu, wie sichergestellt wird, dass eine Gewerbeerlaubnis gem. § 13 a GewO bis spätestens zum Beginn der

Auftragsausführung vorliegt. - 6.14 - VgV - TNW
Erklärung zu Sanktionen gegen Russland:
Eigenerklärung Umsetzung von Artikel 5k Absatz
3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8.
April 2022

**Anhand der Kriterien werden die Bewerber
ausgewählt, die zur zweiten Phase des
Verfahrens eingeladen werden sollen**

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung: - Eigenerklärung des Bewerbers
über den vergleichbaren Umsatz in den letzten
drei Geschäftsjahren, sofern entsprechende
Angaben verfügbar sind (§ 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV)
(mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung
Anlage 6.5-VgV-TNW vorzulegen): Eigenerklärung
über den vergleichbaren Umsatz (netto) jeweils in
den letzten drei Geschäftsjahren, sofern Angaben
verfügbar sind. Der AG behält sich vor, Nachweise
anzufordern, die Belegen, dass ein vergleichbarer
Umsatz aus personellen
Sicherungsdienstleistungen vorliegt (auf
gesonderte Anforderung Bilanzen oder ähnliche
Nachweise, § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV). Ein
vergleichbarer Umsatz liegt vor, wenn sich die
Umsätze aus personellen
Sicherungsdienstleistungen ergeben.
Umsatzzahlen von
Bewerbergemeinschaftsmitgliedern werden
addiert. Hier: Mindestanforderung (bei deren
Nichtvorliegen ein Ausschluss aus dem Verfahren
erfolgt): Mindestens 8 Mio. € netto pro
Geschäftsjahr jeweils in den letzten drei
Geschäftsjahre. Dieses Kriterium ist ein
Auswahlkriterium (Gewichtung 33). Ein vgl.
Umsatz unter 8 Mio. Euro wird nicht bewertet, es
erfolgt ein Ausschluss des Teilnahmeantrages. Ein
vgl. Umsatz von 8 Mio. Euro erreicht den
Erfüllungsgrad 1. Bei einem vgl. Umsatz über 8
Mio. Euro und unter 13 Mio. Euro wird linear
interpoliert (vgl. zuvor). Ab und über einem vgl.
Umsatz von 13 Mio. Euro wird der Erfüllungsgrad
3 erreicht.

**Anhand der Kriterien werden die Bewerber
ausgewählt, die zur zweiten Phase des
Verfahrens eingeladen werden sollen**

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung: Einzureichende Unterlagen: - 6.6-
VgV-TNW - Referenzobjekte (mit dem

Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung zu geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten 3 Jahren erbrachten vergleichbaren Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers und Kontaktdaten des Referenzgebers. Es gelten die nachfolgenden Mindestanforderungen: Eine Referenz ist nur dann wertbar, wenn diese die Anforderungen erfüllt. Eine Referenzleistung bezieht sich auf einen Auftrag; bezieht sich dieser auf mehrere Objekte, stellt dieses eine Referenzleistung dar. Mindestens 4 Referenzleistungen aus dem Bereich personelle Sicherungsdienstleistungen mit jeweils einem jährlichen Stundenvolumen von mindestens 30.000 Stunden pro Referenz für ein Museum bzw. eine Kunst- oder Kultureinrichtung aus den letzten drei Jahren. Hierbei ist die genannte Mindestanzahl an Referenzen mit den jeweiligen genannten Anforderungen einzureichen. Erfüllt ein Bewerber diese Anforderungen nicht, erfolgt der Ausschluss aus dem Teilnahmewettbewerb. Dieses Kriterium ist ein Auswahlkriterium (Gewichtung 67). Werden 4 geeignete und vergleichbare Referenz aus dem Bereich Sicherungsdienstleistungen mit jeweils einem jährlichen Stundenvolumen von mindestens 30.000 Stunden pro Referenz für ein Museum bzw. eine Kunst- oder Kultureinrichtung aus den letzten drei Jahren vorgelegt, erfolgt eine Einordnung in den Erfüllungsgrad 1. Werden mehr als 4, aber weniger als 8 geeignete und vergleichbare Referenzen vorgelegt erfolgt die Bestimmung des Erfüllungsgrades anhand der oben geschilderten linearen Interpolation. Werden 8 oder mehr als 8 geeignete und vergleichbare Referenzen vorgelegt, erfolgt die Einordnung in den Erfüllungsgrad 3.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über Qualitätssicherungsstandards

Beschreibung: - 6.12-VgV-TNW – Erklärung zur Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement o. vgl. Nachweis: Erklärung zur Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder gleichwertig. Es wird eine Eigenerklärung sowie

eine Urkunde in Kopie gefordert. Für den Fall, dass ein Bewerber/ ein Bewerbergemeinschaftsmitglied über keine vorbenannte Zertifizierung verfügen, gelten ergänzend folgende Nachweispflichten, durch die ebenfalls die Mindestanforderung an die Eignung erfüllt werden kann: - Eigenerklärung über das Vorhandensein einer gleichwertigen Bescheinigung durch eine akkreditierte Stelle aus anderen Staaten, vgl. § 49 Abs. 1 S. 2 VgV – mit dem Teilnahmeantrag ist hierzu eine individuelle Bewerbererklärung sowie in Kopie die Bescheinigung einzureichen oder - Eigenerklärung über das Bestehen eines gleichwertigen Qualitätssicherungssystems. Der Bewerber hat hierzu eine Eigenerklärung abzugeben, dass die vorgeschlagenen Qualitätssicherungsmaßnahmen den geforderten Qualitätssicherungsnormen entsprechen. Um von einem gleichwertigen Qualitätssicherungssystem auszugehen, hat die beigefügte Eigenerklärung zunächst mindestens folgende Aspekte dieses Qualitätssicherungssystems zu erläutern:

- A Kontext der Organisation
 - A.1 Verstehen der Organisation und ihres Kontextes
 - A.2 Verstehen der Erfordernisse und Erwartungen von Beschäftigten und anderen interessierten Parteien
 - A.3 Festlegen der Anwendungsbereich des SGA-Managementsystems
 - A.4 SGA-Managementsystem
- B Führung und Beteiligung der Beschäftigten
 - B.1 Führung und Verpflichtung
 - B.2 SGA-Politik
 - B.3 Rollen, Verantwortlichkeiten und Befugnisse in der Organisation
 - B.4 Konsultation und Beteiligung der Beschäftigten
- C Planung
 - C.1 Maßnahmen zum Umgang mit Risiken und Chancen
 - C.1.1 Ermittlung von Gefährdungen und Bewertung von Risiken und Chancen
 - C.1.2 Bestimmung rechtlicher Verpflichtungen und anderer Anforderungen
 - C.1.3 Planung von Maßnahmen
 - C.2 SGA-Ziele und Planung deren Erreichung
- D Unterstützung
 - D.1 Ressourcen
 - D.2 Kompetenz
 - D.3 Bewusstsein
- E Kommunikation (intern/extern)
 - E.1 Dokumentierte Information (Erstellung und Aktualisierung sowie Lenkung der Information)
- F Betrieb
 - F.1 Betriebliche Planung und Steuerung
 - F.2 Gefahren beseitigen und SGA-Risiken verringern
 - F.3 Änderungsmanagement
 - F.4 Beschaffung
 - F.5 Notfallplanung und Reaktion
- G Bewertung der Leistung
 - G.1 Überwachung, Messung, Analyse und Leistungsbewertung
 - G.1.1 Bewertung der Compliance
 - G.2 Internes Audit (inkl. Auditprogramm)
 - G.3 Managementbewertung
- H

Verbesserung H.1 Vorfall, Nichtkonformität und Korrekturmaßnahmen H.2 Fortlaufende Verbesserung. Dieser alternative Nachweis durch Eigenerklärung wird zudem nur dann zulässigerweise durch einen Bewerber erbracht werden, wenn dieser erläutert, dass er aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden, vorbenannten Bescheinigungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist vor Abgabe des Teilnahmeantrages einholen konnte. Die Gründe hierfür hat der Bewerber mit dem Teilnahmeantrag zu benennen. Er trägt hierfür die Darlegungslast. Falls geplant ist, diesen alternativen Nachweis abzugeben, ist in der Anlage 6.12-VgV-TNW - Zertifizierung nach ISO 45001 das entsprechende Kreuz zu setzen und eine Eigenerklärung zum gleichwertigen Qualitätssicherungssystem einzureichen. Die Eignungsanforderung Nachweis der Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder gleichwertig gilt für jeden Bieter/jedes Bietergemeinschaftsmitglied/jeden Nachunternehmer, der Sicherungsdienstleistung im hiesigen Projekt personell erbringt bzw. bzgl. der Erbringung einbezogen ist oder wird. D.h. ein Unternehmen (Bieter/ Bietergemeinschaftsmitglied/Nachunternehmer), das Leistungen für das hiesige Projekt mit Personal erbringt, muss über die Zertifizierung nach ISO 45001/bzw. ausnahmsweise über glw. Nachweis verfügen. Erbringt ein Bieter/ Bietergemeinschaftsmitglied/Nachunternehmer keine personellen Sicherungsdienstleistungen im hiesigen Projekt, sondern ist anderweitig in das Projekt eingebunden, ist keine Zertifizierung/glw. Nachweis erforderlich. Dann ist mit dem Angebot zu erklären, welche anderweitige Leistungen dieser erbringen wird und hat sich zu verpflichten, keine personelle Leistungen ohne die Zertifizierung/glw. Nachweis zu erbringen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung: Beschreibung: Einzureichende Unterlagen: - Nachweis/Bestätigung durch Eigenerklärung der Betriebshaftpflichtversicherung (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung mittels

Anlage 6.4-VgV-TNW vorzulegen): Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung (je Versicherungsfall) - zugleich Mindestanforderung: - für Sachschäden 5.000.000,00 EUR - für Personenschäden 5.000.000,00 EUR - für reine Vermögensschäden 500.000,00 EUR - für das Abhandenkommen von Schlüsseln und Codekarten 250.000,00 EUR - für das Abhandenkommen bewachter Sachen 250.000,00 EUR - für Schäden aus Verletzung des Datenschutzes 250.000,00 EUR - für Bearbeitungs- bzw. Tätigkeitsschäden 250.000,00 EUR - für Umwelthaftpflichtschäden 2.500.000,00 EUR. Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser Deckungssummen betragen. Für Umwelthaftpflichtschäden muss die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres die einfache Versicherungssumme betragen. Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist mit Abgabe des Teilnahmeanträge eine Eigenerklärung des Bewerbers ausreichend, wonach im Auftragsfall ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne erfolgen wird (§ 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV). Bei Bedarf wird im Teilnahmewettbewerb eine Bestätigung des Versicherers über die Zusage des Versicherungsabschlusses gem. den genannten Konditionen verlangt einzureichen bzw. alternativ, sofern der Bewerber angibt, über den Versicherungsschutz bereits zu verfügen, eine Versicherungsbestätigung des Versicherers und oder eine entsprechende Versicherungspolice einzureichen. Sofern der Bewerber eine Bewerbergemeinschaft ist, hat jedes Bewerbermitglied den Nachweis zu führen bzw. alternativ ein Mitglied muss einer Gruppenversicherung erklären und im Bedarfsfall nachweisen gem. den vorgenannten Ausführungen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung: - 6.7-VgV-TNW - Nachunternehmererklärung /Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (sofern einschlägig) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angabe, welche Teile des Auftrags

das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV); auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung und Eignungsnachweise des Nachunternehmers: > Nachunternehmerverpflichtungserklärung > Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gem. § 44 VgV durch Eigenerklärung zum Vorliegen einer Gewerbeerlaubnis gem. § 34a GewO > Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 - 125 GWB > Eigenerklärung zum Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV > Eigenerklärung über den vergleichbaren Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre, § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV > Geeignete Referenzen des Bewerbers, § 46 Abs. 1 Nr. 1 VgV > Nachweis zum Vorliegen einer Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder gleichwertig. Die Mindestanforderungen, die für die Bewerber gelten, gelten auch für Nachunternehmer - ausgenommen der Mindestanforderungen bzgl. des Umsatzes. Der Nachweis der Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder gleichwertig ist nicht erforderlich, wenn der Nachunternehmer keine personelle Sicherungsdienstleistung erbringt. In diesem Fall ist mit dem Angebot zu erklären, welche anderweitige Leistungen dieser erbringen wird und hat sich zu verpflichten, keine personelle Leistungen ohne die Zertifizierung/glw. Nachweis zu erbringen (s.o.). - 6.8-VgV-TNW - Eigenerklärung Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) (sofern einschlägig) (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angabe, ob und wie im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe, § 47 VgV); auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung und Erklärungen und die Ausschlusserklärung sowie Eignungsnachweise. Sofern eine Eignungsleihe bzgl. der techn. Leistungsfähigkeit erfolgt, muss mit dem Teilnahmeantrag zugleich eine dazugehörige Nachunternehmererklärung eingereicht werden und auf Anforderung die dazugehörige Verpflichtungserklärung Nachunternehmer und die Ausschlusserklärung sowie Eignungsnachweise des Nachunternehmers:

> Verpflichtungserklärung Eignungsleihe > Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung gem. § 44 VgV durch Eigenerklärung zum Vorliegen einer Gewerbeerlaubnis gem. § 34a GewO (gilt nur bei technischer Leistungsfähigkeit) > Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 - 125 GWB > Eigenerklärung zum Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung, § 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV > Eigenerklärung über den vergleichbaren Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre, § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV > Geeignete Referenzen des Bewerbers, § 46 Abs. 1 Nr. 1 VgV (gilt nur bei technischer Leistungsfähigkeit) > 6.12-VgV-TNW - Erklärung zur Zertifizierung nach ISO 45001 Arbeits- & Gesundheitsschutzmanagement oder gleichwertig (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung vorzulegen) (siehe sonstige Eignungsbedingungen) - 6.9-VgV-TNW - Verpflichtungserklärung bei Eignungsleihe (auf Anforderung der Vergabestelle mittels Eigenerklärung vorzulegen) - 6.10-VgV-TNW - Verpflichtungserklärung bei Nachunternehmereinsatz (auf Anforderung der Vergabestelle mittels Eigenerklärung vorzulegen)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10 Zuschlagskriterien

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen aufgeführt

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/c99d8eb6-0928-4afc-9784-69c5f66a6490

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung:
23/06/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/c99d8eb6-0928-4afc-9784-69c5f66a6490

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Nebenangebote: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge:
02/06/2025 10:00 +02:00

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung erfolgt lediglich im Umfang der Regelungen der VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Anlage 6.13 - VgV - TNW - Erklärung zu Sanktionen gegen Russland (mit dem Teilnahmeantrag mittels Eigenerklärung

vorzulegen) Elektronische Rechnungsstellung:
Erforderlich

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

**Zahlungen werden elektronisch geleistet:
nein**

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung, teilweise mit erneutem Aufruf zum Wettbewerb, teilweise ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der teilnehmenden Unternehmen:
1

**Begründung der Laufzeit der
Rahmenvereinbarung:** § 65 Abs. 2 VgV

**Informationen über das dynamische
Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Südbayern,
Regierung von Oberbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen:
Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die zulässigen Rechtsbehelfe und durch einen Bewerber/Bewerber einzuhaltenden Fristen hin. Statthafte Rechtsbehelfe sind gem. §§ 160 ff. GWB die Rüge sowie der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer. Eine Rüge ist an die in Ziffer I.1) genannte Vergabestelle zu richten. Die zuständige Stelle für ein Nachprüfungsverfahren ist in Ziffer VI. 4.1) genannt. Statthafter Rechtsbehelf ist gem. § 160 GWB der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer (Ziff. VI.4.1). Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach §

134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. § 160 Absatz 3 Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Haus der Bayerischen Geschichte

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Haus der Bayerischen Geschichte

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Haus der Bayerischen Geschichte

Identifikationsnummer: 7281

Postanschrift: Zeuggasse 7

Ort: Augsburg

Postleitzahl: 86150

NUTS-3-Code: Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@hdbg.bayern.de

Telefon: +49 8213295-0

Internet-Adresse: <https://www.hdbg.de>

Beschafferprofil - URL: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern, Regierung von Oberbayern

Identifikationsnummer: ec4a598d-2aee-48de-b756-d3931a755cd2

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80534

NUTS-3-Code: Augsburg, Kreisfreie Stadt (DE271)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 892176-2411

Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

10 Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung:
a7b98d24-18b4-4d6b-9c9a-74fb3dedd2e5-01

Hauptgrund für die Änderung: Aktualisierte Informationen

Beschreibung: Frist-und Text-Änderungen

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 6887c803-21c9-43ef-bb80-fdd3218bc6ba - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 20/05/2025
15:21 +02:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch